

Bhp-Hessenteil „vds-Vorstand im Dialog mit den Landtagsfraktionen“

Der Vorstand des Landesverbandes hat trotz der Pandemiebedingungen begonnen, den Beschluss aus dem Vorjahr umzusetzen, mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im hessischen Landtag vertretenen Parteien in einen Dialog zu treten. Ziel ist, nicht nur in Papierform Näheres zu erfahren über bildungspolitische und über Fragen der sonderpädagogischen Förderung, zudem die Verbandspositionen zu vermitteln und zu erläutern. Eine Absicht dabei ist auch, die Landtagswahl im Jahre 2023 in den Blick zu nehmen.

Im Vorfeld haben wir einen Fragenkatalog erstellt, der den Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen vorab zur Verfügung gestellt wird und der als Leitfaden der Gespräche gedacht ist.

1. Wie sollten die sonderpädagogischen Systeme künftig austariert werden?
2. Welche Maßnahmen und Schritte halten Sie für adäquat, um der inklusiven Bildung in Hessen mehr Schwung und Inspiration zu verleihen?
3. Wie stehen Sie zu den etablierten Einrichtungen der Beratung und Förderung?
4. Wie können die Inklusiven Schulbündnisse genutzt und weiterentwickelt werden?
5. Welche Impulse braucht es zur Entwicklung der Förderschulen?
6. Für welche Zielgruppen benötigen die Schulen ggf. spezielle Konzepte und Methoden?
7. Wie stehen Sie zum Elternwahlrecht?
8. Welche Anregungen und Initiativen planen Sie hinsichtlich der rechtlichen Grundlagen der schulischen Bildung allgemein und der sonderpädagogischen Förderung im Besonderen?
9. Wie können wir Aus-, Fort- und Weiterbildung wirkungsvoll verbessern?
10. Welche Anstöße und Ideen wünschen Sie sich vom Fachverband vds?
11. Welche Vision schwebt Ihnen vor für das Bildungssystem in Hessen?

Zudem übermittelten wir weitere Fragen für den beruflichen Bereich.

Zunächst wurden im Mai 2022 Gespräche mit Herrn Christoph Degen (bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion) und mit Herrn Daniel May, Frau Katrin Schleenbecker und Frau Silvia Brünnel (bildungspolitische Sprecher/innen der Grünen) geführt. Analoge Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der anderen Fraktionen sind in den kommenden Monaten beabsichtigt und werden ebenfalls Gegenstand der Berichterstattung sein.

Das Gespräch mit Herrn Degen führten Dr. Nils Euker, Marko Best und der Vorsitzende am 17. Mai 2022 im Hessischen Landtag im Beisein der Referentin, Frau Kornau. Der Termin fand in einer sehr entspannten, freundlichen und zugewandten Atmosphäre statt und wurde offenbar von beiden Seiten als hilfreich und perspektivisch nützlich eingeschätzt.

Hier können aus Platzgründen jeweils nur einige Aussagen wiedergegeben werden. Hier die wichtigsten Statements von Herrn Degen:

- Es wird in Zukunft Förderschulen und Beratungs- und Förderzentren geben (müssen).
- Die Entwicklung des Schulsystems sollte, alle Schulformen umfassend, integrativ und inklusiv verlaufen.
- Eltern: Das Wahlrecht sollte erhalten bleiben.

- Schülerinnen und Schüler: Die Aspekte „Therapiebedarf“ (auch im Hinblick auf Ganztagschule) und „Peergroup“ sollten im Blickfeld bleiben oder gerückt werden.
- Zeitlich befristet wird es spezielle Angebote geben müssen (Beispiel Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung).
- Thema BFZ und/oder Grundversorgung: Die Professionalität sollte unbedingt erhalten werden. Alle Lehrkräfte bedürfen ausreichender Kenntnisse und Kompetenzen in Sachen Inklusion. Eine feste Zuordnung von Lehrkräften mit sonderpädagogischer Befähigung ist sinnvoll.
- Die Inklusiven Schulbündnisse sollten eine zentrale Rolle spielen, auch im Rahmen der Ausweitung der sozialindizierten Lehrkräftezuweisung.
- Zu einigen Themen wird ein transparenter Plan vermisst, so im Bereich der Ganztagschulen und zum Thema Schulsozialarbeit.

Das Treffen mit den Vertreterinnen und mit dem Vertreter der Grünen fand am 30. Mai 2022 digital statt. Mit Daniel May (bildungspolitischer Sprecher), Katrin Schleenbecker (u.a. Sprecherin für Berufliche Schulen) und Silvia Brünnel (Sprecherin für Frauen, Familie, Inklusion, Senioren, Demographie, politische Bildung und Pflege) sprachen für den vds Dr. Nils Euker, Marcus Marx, Uwe Simon und der Vorsitzende.

Wir konnten dem Austausch folgende Positionen entnehmen:

- Bei der sonderpädagogischen Grundversorgung hat die Koalition „viel Zeit verloren“, eine Öffnung zur Sekundarstufe im laufenden Betrieb ist nicht einfach. Es handelt sich um einen begrenzten Versuch, der ein behutsames Vorgehen erfordert. Dabei sollen neue Konzepte als späteres Optionsmodell erprobt werden. Ein Angriff auf die bestehenden BFZ-Strukturen ist damit nicht verbunden. Die vds-Vertreter wiesen darauf hin, dass die Grundversorgung bislang nicht wirklich überzeugen könne und dass es primär um die Qualität der Angebote gehen müsse.
- Im Arbeitsfeld der Beruflichen Schulen sollten die Inklusiven Schulbündnisse über eine systemische Ressource verfügen. Berufsorientierung und das Fach Arbeitslehre gehören in stärkerem Umfang als bisher in die Konzepte und Profile der allgemeinen Schulen. Insbesondere in den Förderschwerpunkten Lernen und emotionale und soziale Entwicklung braucht es qualifizierte Herangehensweisen. Konkrete Umsetzungsformen wie BÜA, SchuB sowie Alternativen zur WfbM wurden angesprochen. Frau Brünnel betonte die Notwendigkeit von Netzwerken im Bereich von Unternehmen und Kammern, um künftig mehr zu tun bei den niedrigschwelligen beruflichen Ausbildungsgängen. Die WfbM habe für das Individuum ebenfalls weiter ihre Berechtigung.
- Die Vertreter des Landesverbandes empfahlen, bei der Ressourcenzuweisung stärker die örtliche Situation im Sinne von Versorgungszuschlägen zu bedenken. Ein weiterer Hinweis betraf die positiven Wertungen der aktuellen Vorgehensweise in Hessen durch die Wissenschaft (Prof. Dr. Kuhl, Universität Dortmund).
- Nach Auffassung der Grünen sollte weiterhin den Wünschen von Eltern und von Schülerinnen und Schülern die primäre Beachtung geschenkt werden. Es geht ihnen um „größtmögliche Partizipation“ und um einen „vielfältigen Weg“. Dabei kann auch die Förderschule die individuell richtige Entscheidung sein. Zentral sei die Transparenz für die Eltern.
- Zur Frage einer rückläufigen Inklusionsneigung meinte Herr May, Trends wechselten sich ab und beide Optionen sollten als „wertige Möglichkeiten“ zur Geltung kommen. Die politischen Kräfte sollten sich mäßigen und zu einer Versachlichung der Debatte beitragen.

Mit den Sprecherinnen und Sprechern der beiden Parteien wurde vereinbart, den Dialog bereits im Vorfeld der Landtagswahlen fortzusetzen. Beide Seiten haben von dem jeweiligen Austausch im Sinne eines Lerneffektes profitiert, sodass der Vorstand mit Interesse den künftigen Gesprächen entgegenseht.

Karl Ludwig Rabe

1. Vorsitzender

912 Wörter

6777 Zeichen mit Leerzeichen